

## **Änderungsantrag**

**der Fraktion der SPD**

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1998**  
**– Drucksachen 13/8200 Anlage, 13/8883, 13/9020, 13/9025, 13/9026, 13/9027 –**

**hier: Einzelplan 25**  
**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen**  
**und Städtebau**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Im Kapitel 25 02 – Allgemeine Bewilligungen einschließlich Verwendung zweckgebundener Einnahmen für den sozialen Wohnungsbau – werden in Titelgruppe 02 – Förderung des sozialen Wohnungsbaues – der Titel 882 25 – Zuweisungen für Investitionen in den alten Ländern (3. Förderungsweg) – für 1998 um 28,33 Mio. DM und die Verpflichtungsermächtigungen um 350 Mio. DM erhöht.
2. Im Kapitel 25 02 – Allgemeine Bewilligungen einschließlich Verwendung zweckgebundener Einnahmen für den sozialen Wohnungsbau – werden in Titelgruppe 02 – Förderung des sozialen Wohnungsbaues – der Titel 882 28 – Zuweisungen für Maßnahmen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues – einschließlich Modernisierung und Instandsetzung – in den neuen Ländern (einschl. ehemaliges Ost-Berlin) – für 1998 um 25,877 Mio. DM und die Verpflichtungsermächtigungen um 259,893 Mio. DM erhöht.

Bonn, den 24. November 1997

**Rudolf Scharping und Fraktion**

### **Begründung**

Die Mittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau haben in großem Umfang Einfluß auf das Investitionsverhalten von Wohnungsgesellschaften und privaten Unternehmen. Der geplante radikale Ausstieg des Bundes aus der Wohnungsbauförderung

durch eine Reduzierung der Mittel gegenüber dem Vorjahr um 30 % würde eine falsche Weichenstellung bedeuten, auch öffentliche Investoren würden sich aus dem Engagement für den Wohnungsbau zurückziehen, die negativen Folgen für die Baukonjunktur und die Beschäftigten in den Baubetrieben sind offensichtlich.

Die beabsichtigte Abschaffung der degressiven AfA wird diese Folgen noch verstärken.

Der von der Bundesregierung vorgesehene Ausstieg des Bundes aus dem sozialen Wohnungsbau ist deshalb zu korrigieren und die Mittel für 1998 wie beantragt zu erhöhen, um so den sozialen Wohnungsbau auf dem Niveau des Vorjahres zu unterstützen.